

Tempelhofer Feld

CDU und SPD treiben Bebauung voran

Von Robert Kiesel

CDU und SPD im Berliner Abgeordnetenhaus treiben eine Randbebauung des Tempelhofer Feldes weiter voran. Eine gemeinsame Arbeitsgruppe soll Wege ausloten, wie das gemeinsame Vorhaben ermöglicht und zugleich der Bürgerwille berücksichtigt werden kann, bestätigten mehrere Teilnehmer einer Vorstandsklausur beider Fraktionen dem Tagesspiegel am Samstag.

„Es geht nur um den Weg“, erklärte Stephan Standfuß, stellvertretender Vorsitzender der CDU-Fraktion. Beide Seiten wollten den Bürgerwillen so berücksichtigen, „dass sich am Ende keiner überfahren fühlt“, sagte er und verwies auf die sich seit dem Volksentscheid gegen die Bebauung des Feldes veränderten Rahmenbedingungen in der Stadt. „In der Debatte ist klar geworden, dass sich die Zeiten geändert haben“, erklärte Standfuß. „Wir müssen die Notwendigkeit einer Randbebauung gut erklären.“

Auch aus den Reihen der SPD hieß es am Samstag, die grundsätzliche Bereitschaft für eine Randbebauung des Tempelhofer Feldes sei weiterhin gegeben. Wichtig sei den Sozialdemokraten jedoch die Bürgerbeteiligung, beispielsweise über eine sogenannte Volksbefragung. Klar ist: Auch in der SPD gibt es Vertreter, die mit der Option, das mit dem Volksentscheid aus dem Jahr 2014 geschaffene Tempelhof-Gesetz per Parlamentsmehrheit zu ändern und so eine Bebauung zu ermöglichen, zumindest liebäugeln.

Zum derzeitigen Stand der Debatte sei ein derartiges Vorgehen – sprich die Änderung des Gesetzes mit der Mehrheit der schwarz-roten Koalition – ohnehin nicht absehbar, erklärten Vertreter beider Seiten übereinstimmend.

„Behutsame Randbebauung“

Laut Koalitionsvertrag befürworteten CDU und SPD eine „behutsame Randbebauung in begrenzten Teilen“ des Tempelhofer Feldes. Zuletzt hatte die

SPD-Fraktion Ende Januar wiederum auf einer Klausur für „Volksentscheide von oben“ geworben. Diese sollten künftig vom Parlament angestoßen werden können, hieß es damals. Die Frage, ob eine Abstimmung über die Zukunft des Tempelhofer Felds ein erster Anwendungsfall werden könnte, wird die einzurichtende Arbeitsgruppe klären. Wer dieser angehören wird, steht bislang nicht fest.

Weitere Themen auf der Vorstandsklausur waren die Zusammenarbeit in Ausschüssen und Arbeitskreisen sowie das Zusammenwirken von Legislative und Exekutive. Beide Seiten hätten sich darauf verständigt, Anträge der anderen Seite schnell und zuverlässig zu bearbeiten, hieß es übereinstimmend. Von einer „extrem konstruktiven“, „ausgesprochen guten“ und „ehrlichen und vertrauensvollen“ Stimmung war die Rede.

Thema waren auch die zuletzt unter anderem von den Grünen heftig kritisierten Äußerungen des CDU-Abgeordneten Kurt Wansner. „Beide Seiten waren sich einig, dass das nicht wieder passieren darf“, fasste ein Teilnehmer der CDU den Besprechungspunkt zusammen. Wansner hatte sich mehrfach im Stile der AfD geäußert und sah sich deshalb mit einem Abwahlantrag als Vorsitzender des Ausschusses für Verfassungsschutz konfrontiert. CDU und SPD hatten diesen mit ihrer Mehrheit abgelehnt.

Unsere App für iOS und Android:



Fragen? Schreiben Sie uns oder rufen Sie uns an:

Telefon: 030-29021-500

E-Mail: leserservice@tagesspiegel.de

[Impressum](#)

[AGBs](#)

[Abo kündigen](#)

[Datenschutzerklärung](#)

[Datenschutz-Einstellungen](#)

[Häufige Fragen](#)

[Zum Tagesspiegel](#)

TAGESSPIEGEL

Copyright © Der Tagesspiegel